

„Berliner Tageblatt“ erscheint wöchentlich, zweimal, Samstag einmal. Erscheinungsort ist Berlin. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Heinrich Schulz. Druck: Carl Schenck & Co. Berlin. Preis: 1.00 Mark pro Woche. Abonnement: 6.00 Mark pro Monat. Ausland: 8.00 Mark pro Monat. Einzelhefte: 0.25 Mark. Postgebühr: 0.10 Mark. Druck- und Verlagsanstalt: Rudolf Wolff in Berlin.



Monuments-Preis für das „Berliner Tageblatt“ u. „Berliner Zeitung“... Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Sonntag 7. Juni 1908

Nr. 287 37. Jahrgang

Des Pfingstfestes wegen erscheint nächste Nummer des „Berliner Tageblatt“ am Dienstag, den 9. Juni, vergrün.

Die illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 46.

Politische Wochenschau.

Paul Michaelis.

Die preussischen Kräfte haben der Sozialdemokratie die Bahn ins preussische Abgeordnetenhaus frei gemacht. Das ist ein weittragendes Ereignis. Was eben Sozialdemokratie es können auch noch mehr zu tun. In wesentlichen Dingen hat sie sich auf mehr minder fruchtlose Proteste und zum Teil hinausgerufen müssen. Aber darauf kommt es nur in zweiter Linie an; die Hauptsache ist, daß sich das Parlamentarische Reichsparlament selbständig beginnt, und zwar nicht durch den einen oder anderen Zufall, sondern durch natürliche Kräfte und Organisation. Die Sozialdemokratie hat die Bahn ins preussische Abgeordnetenhaus frei gemacht. Das ist ein weittragendes Ereignis. Was eben Sozialdemokratie es können auch noch mehr zu tun. In wesentlichen Dingen hat sie sich auf mehr minder fruchtlose Proteste und zum Teil hinausgerufen müssen. Aber darauf kommt es nur in zweiter Linie an; die Hauptsache ist, daß sich das Parlamentarische Reichsparlament selbständig beginnt, und zwar nicht durch den einen oder anderen Zufall, sondern durch natürliche Kräfte und Organisation.

engen Beziehung zwischen der Politik im Reich und in Preußen ist es selbstverständlich, daß im Reich auch nicht ein wenig an neuen Steuern bewilligt werden darf, so lange in Preußen nicht eine gründliche Wahlreform durchgeführt worden ist. Die liberalen Parteien müssen endlich einmal auftrumpfen, wenn sie nicht an die Wand gedrückt werden sollen.

In welcher Weise ein mündiges Volk nicht bloß die innere, sondern auch die auswärtige Politik seiner Regierung zu kontrollieren weiß, dafür hat das englische Unterhaus in der letzten Woche eine kleine Probe abgelegt. Es handelte sich dabei um die Reise des Königs von England nach Béalal zum Besuch des Jovon. Die radikale Linke hat allerdings nicht verstanden können, daß die Mehrheit des Unterhauses das Verhalten der Regierung billigte, aber der Staatssekretär des Auswärtigen Geschäftes aber die Erklärung abgegeben, daß ein Bündnis mit der russischen Regierung nicht beabsichtigt sei; er mußte überhaupt nichtig hat, auf das Gebiet der Familienbedürfnisse hinüberzuweisen, um das Mitleiden der Opposition unwirksam zu machen. In jedem Falle wurde es als das selbstverständliche Recht des englischen Parlaments angesehen, auch die auswärtige Politik der Regierung zu kontrollieren, und selbst die Reisen des Königs seiner Kontrolle zu unterziehen.

Dieses Verbot ist für das deutsche Volk um so lehrreicher, als bisher der Reichstag an solchen Fürstenbesuchen schon vorbeifand und sie weder nach ihrer politischen Seite noch nach ihrem äußerlichen Verlauf zu kontrollieren wagte. Dabei hat sich gerade in der letzten Woche wieder beim Empfang des Königs von Schweden in Berlin gezeigt, daß die Würdigung durch die Schlichter, die an sich vom ganzen Volk selbst solche Zulassungen werden, sich in Formen vollziehen, die als unzulässig empfunden werden. Der Empfang durch den Oberbürgermeister am Brandenburger Tor, die Begrüßung durch die Schlichter, das militärische Aufgebot und sonstige Ehrerbietlichkeiten des Empfanges werden nicht nur für ein selbstbewusstes Volk beschämend, sondern sie machen auch, wie es scheint, bei den Besuchen nicht einen unangenehmen Eindruck auf die Gemüter, die „Germania“ in ihrer von uns mitgeteilten Auslassung feststellen zu können, daß der König von England gerade dieser gescheiterten Ehrerbietlichkeiten wegen es vermeiden hat, in Berlin einen offiziellen Besuch abzustatten. Solche Begleiterscheinungen sind für die deutsche Seite nicht nur ein unangenehmes Ereignis, sondern sie sind ein Zeichen für die allgemeine Sympathie, die dem Kaiser und seinem königlichen Hofes herrschen, daß die deutsch-schwedischen Beziehungen in der Richtung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen gekommen haben. Wenn diese Tatsache in der französischen Presse mit unfreundlichen Bemerkungen kommentiert worden ist, so liegt das deshalb nicht zurechenbar dem Grund vor, weil kein Mensch bei uns daran denkt, diesem herrlichen Einvernehmen zwischen den beiden Monarchen einen Einbruch zu tun. Wir müssen gerade an diesem Punkte um so mehr auf unsere Hut sein, als die russische Presse und nicht auch die russische Regierung sich insolge der härteren Annäherung mit England und Frankreich etwas geschwollen haben und deshalb gegen das Deutsche Reich einen gehässigen Ton anschlagen, zu dem an sich nicht die geringste Veranlassung vorliegt. Aber so viel bleibt auf jeden Fall bestehen, daß wir gegen das Inneere, das in der Offizier wie in Madonnen, herauszufinden, ihm um so festeren Wacht stehen müssen. Wir werden ihm um so festeren entgegenzutreten können, je einmütiger Regierung und Volk in der Wahrung der deutschen Interessen zusammenarbeiten. Der Weg zu äußeren Erfolgen führt aber eine Reformpolitik im Inneren hinweg.

Die liberalen Parteien haben es ebenso den sachen Schwierigkeiten der Lage wie ihrer schwächeren und geschwächten Zustand zu verdanken, daß sie im Wahlkampf glücklich abgeblieben haben. Während von links die Sozialdemokratie auf die einwirkende und ihnen eine Reihe von Seiten enthielt, fanden sie auch nach der rechten Seite hin Unterstützung. Im Gegenteil, auch die konservativen Parteien trachten in den großen Städten vorzudringen, und haben hier manchen Erfolg davongetragen. Auf Land und in kleineren Städten ist die Sozialdemokratie nicht so stark geworden, wie in den großen Städten vorzudringen, und haben hier manchen Erfolg davongetragen. Auf Land und in kleineren Städten ist die Sozialdemokratie nicht so stark geworden, wie in den großen Städten vorzudringen, und haben hier manchen Erfolg davongetragen.

Alledings ließe sich in einer ganzen Reihe von Fällen noch ein Umsichgreifen beobachten, wenn freilich die Sozialdemokratie mit einander kooperierten. Aber der Freisinn ist zu tugendhaft, den Maximalen Bewegung zu legen. Er will lieber klein bleiben, als daß er aufsteht, artig zu sein. Indessen wird es ihm doch nicht erspart bleiben, im neuen Abgeordnetenhaus mit den liberalen Forderungen, ganz besonders des Dreifachwahlrechts, Ernst zu machen. Die sozialdemokratischen Kräfte waren nicht mächtig gewesen, wenn nicht große Teile des Bürgertums, die bisher ihre natürliche Vertretung im Liberalismus haben, aus Verärgerung über die Sozialdemokratie getrennt hätten. Diese Elemente gewinnt man nicht durch Bestreben zurück, sondern nur durch die Liberalismus wirklich die Volkstrennung nachdrücklich und ohne falsche Rücksicht wahrzunehmen. Bei der

ebenfalls bestrebt sind wie wir, das europäische Konzert nicht zu führen. Der gleiche Korrespondent will von anderer Seite erfahren haben, daß Deutschland fordern dem Sultan einen neuen Beweis seiner freundschaftlichen Gesinnung gegeben habe.

Politiker und Künstler.

Ein Pfingstgespräch.

von Ludwig Fulda.

Politiker: Das trifft sich ja hübsch, daß wir gerade am Pfingstmontag einander begegnen.
Künstler: Ein Vorzug, den ich wegen seiner Seltenheit zu schätzen weiß.
Politiker: Glückauf zur Anziehung des heiligen Geistes!
Künstler: Ich gebe Ihnen diesen frommen Wunsch zurück.

Politiker: Ja, weiß Gott — wenn uns nicht die und da der Zufall zusammenbrächte, ich glaube, wir wären überhaupt nicht mehr.
Künstler: Es fehlt am neutralen Boden. Wir leben in zwei verschiedenen Sphären. Unsere Kreise berühren sich nicht.

Politiker: Und finden Sie das in der Ordnung? Zeuten Sie damit nicht auf einen Mißstand, der zum Himmel schreit? Keine Berührung zwischen denen, die in erster Linie zu Führen des Volkes berufen sind...
Künstler: Wenn Sie es nur nicht an der Nase herumfädeln.

Politiker: Nein, bitte, reden wir ernsthaft. Wer trägt die Schuld an dieser Zerstückelung, dieser Atomisierung der politischen Kräfte? Wir Politiker doch gewiß nicht. Wir empfinden ja schmerzlich genug die vollkommene Gleichgültigkeit, mit der Sie und Ihre Gleichen sich unserem Aktionsgebiet fernhalten.

Künstler: Ich lese täglich die Zeitung.
Politiker: Sie werden doch nicht leugnen können, daß wir Ihre Welt zehnmal mehr Anteil widmen als Sie der unsrigen.

Künstler: Aus den Parlamentsdebatten geht das nicht ohne weiteres hervor.
Politiker: Und — ganz im allgemeinen gebrochen — wir würden uns mit der modernen Kunst und Literatur noch viel eingehender beschäftigen, noch viel mehr für sie einreten, wenn wir deutlicher das Herz des Jahrhunderts in ihre Lehren hörten; wenn wir nicht allzu oft in euren Werken den großen Zug vermischen.

Künstler: Vielleicht vermischen wir diesen großen Zug auch in eurer Politik.
Politiker: So trägt ihn doch hinein! Die Rhodus, die sala. Niemand weicht euch, auf der politischen Bühne eure Superiorität zu verlieren. Würde nicht sogar jüngst aus euren eigenen Reihen auch zugerufen, daß ihr Künstler, ihr Gelehrten nicht länger in falscher Bornetheit euch einsperrt dürft; daß ihr, eurer Bürgerpflicht bewußt, in die Arena des öffentlichen Lebens hinauszufragen sollt, um an den Kämpfen teilzunehmen, in denen auch um euer Wohl und Wehe gewirrt wird?

Künstler: Ganz recht. Nur ist mir bis jetzt nicht klar geworden, wie man sich das praktisch vorstellt. Denn das wir bloß alle paar Jahre einmal an die Wahlurne treten, kann doch mit diesem feierlichen Spiel nicht gemeint sein. Sollen wir euch ins Handwerk pfeifen, indem wir launig und sonderbar aktive Parteimänner werden, in die Verdorben reisen und Wahlreden halten oder gar selbst kandidieren?

Politiker: Dünkt ihr euch zu gut dazu?
Künstler: Ja, dann wäre es aber nicht mehr als billig, daß ihr inzwischen unsere Bilder malt und unsere Bücher schreibt.
Politiker: Kunst ist Sache des Talents.
Künstler: Politik nicht ebenfalls?
Politiker: In ihren höchsten Leistungen sicherlich. Aber...

Künstler: Aber höchste Leistungen verlangt ihr gar nicht von uns. Ihr verlangt, ohne weil wir auf unseren Selbste hervorzuheben oder wenigstens Etwas leisten, daß wir auf das wir in Dingen mitreden, die wir nicht beherzigen, nicht beherzigen können, da doch schon eine einzige Materie, wie etwa die soziale Gesetzgebung, zu ihrer Durchdringung jahrelange angepöbelte Studien erfordert. Kurzum, ihr verlangt, daß wir bei euch diktieren. Nein, der Gelehrte und der Künstler fordern das Unmögliche. Denn in ihrem Verke der Dilettantismus anrichtet, zu genau, als daß sie sich nicht scheuen müßten, ihm in einem anderen selbst anheimzufallen.

Politiker: Und Mollen? Und Birchow? Waren Sie in der Politik im Dilettanten?
Künstler: Sie waren Arbeitsrieten, die vernünftig für lange Zeit zum letzten Mal den Typus des zusammenfassenden Menschen verkörperten. Denn immer gigantischer werden die Kräfte sein müssen, die sich dem unabänderlichen

* Dem Berliner Korrespondenten des „Tempo“ erklärte, wie unser Pariser Korrespondent uns telegraphisch, eine politische Zusammenkunft über die deutsch-russischen Beziehungen folgendes: Der Zar und der Kaiser setzen einander so freundschaftlich gegenüber wie in Swinemünde. Auch die Beziehungen zwischen den leitenden Staatsmännern sind freundschaftlich. Aber die russische Presse sieht gegen uns eine Kampagne, deren Feindseligkeit immer mehr wächst, und welche die russische Regierung offenbar nicht aufhalten kann. Dessen Umstände müssen wir Bedenken tragen. Was den englisch-russischen Vertrag über die mazedonischen Reformen angeht, über den die Macht offiziell noch nicht informiert sind; dessen Bedingungen man aber kennt, so wird er wesentlich bewirken, daß die anderen Mächte